

Andreas Höferl:

### Oskar Lafontaine verlangt eine „Politik für alle“

„Eine Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft“ nennt der ehemalige SPD-Vorsitzende sein neuestes Buch, das sich - wie schon die vorangegangenen („Das Herz schlägt links“ 1999 und „Die Wut wächst“ 2002) - mit dem Neoliberalismus auseinandersetzt und auf dem Weg ist, wieder ein Bestseller zu werden. In gewohnt klarer Sprache analysiert und kritisiert Lafontaine die gegenwärtige Situation in Deutschland, den massiven Sozialbau, die hohe Arbeitslosigkeit, die wachsende Armut und vor allem, dass nichts in Sicht sei, was aus dem *Jammertal* herausführen würde. Politik und Wirtschaft hielten an einer Reformpolitik fest, von der sich immer mehr Menschen *verraten und verkauft* fühlten und mit Politikverdrossenheit und Protest reagierten. Die SPD habe ihre *Ideale auf dem Altar des Neoliberalismus geopfert*. Nur durch einen radikalen Kurswechsel der Politik könnten die Menschen für die Demokratie zurückgewonnen werden.

Der Glaube an die Märkte habe geradezu religiöse Züge angenommen. *An die Stelle des lieben Gottes ist der Markt getreten. Aber dieser ist nicht barmherzig und gütig. Er vergibt seinen Schuldigern nicht. Aus der sozialen Marktwirtschaft wurde die neoliberale Ellbogengesellschaft, in der das Kostensenken dominiert und die Sozialstaatslehre diffamiert wird.* Dem Irrglauben, Sozialabbau führe zu wirtschaftlichem Wachstum, sei auch die SPD erlegen.

Statt auf die Verbesserung der Produkte würden viele Manager bloß auf *phantasieloses Kostensenken* setzen. Statt Mitarbeiter zu motivieren, würden viele bloß *erpresst*. Dadurch würden wertvolle Ressourcen verschwendet, zumal Mitarbeiter oft besser wüssten, was dem Betrieb gut täte. Renault oder Citroen etwa hätten durch eine innovative Modellpolitik zigtausende Arbeitsplätze geschaffen, während in der deutschen Autoindustrie Arbeitsplätze durch schlechtes Management verloren gehen. Aus einem Volk der Dichter und Denker sei eine Kosten- und Steuersenkungsrepublik geworden. *Nicht die technischen Genies, sondern die harten Sanierer werden in der Öffentlichkeit gefeiert.* Der Slogan früherer Jahre „Leistung muss sich wieder lohnen“ habe sein Bedeutung verloren.

Die Senkung der Lohnnebenkosten etwa sei *ein einziger Betrug*. Es gehe nur um Kürzungen der Leistungen für Rentner, Kranke, Arbeitslose und Pflegebedürftige. Auch die *Zerlegung von Vollzeitstellen in Minijobs zu Lasten der Einnahmen der Sozialversicherungen muss beendet werden*, weil dadurch Grundlagen der menschlichen Existenz - Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit - zerstört würden. Derart flexibel gemachte Menschen würden auch politisch angepasst werden, *ein Rückgrat aus Gummi* bekommen, was ihre Beherrschung noch leichter mache. Die aufgezwungene Flexibilität sei auch *der wichtigste Grund, warum es immer weniger Familien mit Kindern gibt*. Von flexibel gemachten Menschen könne man auch kaum nachhaltiges Handeln - etwa zum Schutz der Umwelt - erwarten.

Das Renditedenken - 15 bis 20 % pro Jahr werden heute üblicherweise erwartet - führe dazu, dass Kapitalbesitzer ihr eingesetztes Geld heute in wenigen Jahren vervielfachen, während Lohnsteigerungen selbst von wenigen Prozentpunkten als überzogen verurteilt würden. Von einer Gewinnbeteiligung gar nicht zu sprechen. Trotz Rekordgewinnen gebe es seit dem Jahr 2000 einen Rückgang der Investitionen in Deutschland. Denn die Unternehmen kaufen lieber die Aktien ihrer eigenen Firmen zurück, um die Kurse und die Prämien des Managements zu steigern. Aktienoptionen bei der Managerentlohnung sollten daher

gesetzlich verboten werden, fordert Lafontaine. Aber: *Die Lohnbescheidenheit hat nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit geführt. Die Zahl der Erwerbslosen stieg vielmehr weiter an.* Das beste Beispiel dafür sei der Osten Deutschlands, wo die Arbeitskosten deutlich niedriger, die Arbeitslosigkeit aber immer noch höher sei als im Westen.

Die Verringerung der Konsum- und Investitionsausgaben wirke sich zudem volkswirtschaftlich negativ aus. *In Deutschland hängen immer noch vier von fünf Arbeitsplätzen von der Inlandsnachfrage ab.* Aber Deutschlands Eliten seien überzeugt, die Volkswirtschaft wachse, wenn es dem Volk mies gehe. Und Lafontaine zitiert durchaus ernstzunehmende Zeugen wie den Chefökonom von Goldman Sachs Jim O'Neill: *Adam Smith ist tot, und wenn die deutschen Ökonomen weiterhin so kategorisch denken, wird auch die deutsche Wirtschaft demnächst tot sein...* Oder Harvard-Ökonomen, die festgestellt haben, dass es in 91 % von 110 untersuchten Volkswirtschaften keinen Zusammenhang zwischen neoliberalen Wirtschaftsreformen und nachhaltigem Wachstum gab.

Lafontaine plädiert beispielsweise für gesetzliche Mindestlöhne. Sie könnten insbesondere das Lohn- und Sozialdumping durch die Osterweiterung verhindern. Selbst die EU-Kommission meint, dass der Integrationsprozess nur durch Mindestlohnregelungen sozial verträglich gestaltet werden kann. In vielen europäischen Staaten gibt es bereits Erfahrungen damit. Frankreich habe die Mindestlöhne zwischen 1999 und 2004 um 24 % erhöht, die französische Wirtschaft sei doppelt so stark gewachsen als die deutsche.

Dass der Wirtschaftsstandort Deutschland wertbewerbsfähig sei, bewiese der Umstand, dass Deutschland immer noch Exportweltmeister sei. Während ein polnischer Arbeitnehmer für seinen Lohn einen Wert von 13.000 Euro schaffe, schaffe ein deutscher einen von 56.000 Euro. Das sei für Unternehmer immer noch interessanter, *sofern sie die Grundrechnungsarten beherrschen*, so Lafontaine.

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche habe auch die Werteorientierung gewandelt. Der Neoliberalismus führe zu *Rücksichtslosigkeit und Selbstbereicherung. Die neoliberalen kämpfen für das Recht des Stärkeren, damit dieser sich durchsetzen kann, und nennen das dann Freiheit. Mit kaum einem Wort wird auf der Welt so viel Missbrauch getrieben wie mit dem der Freiheit. Wenn Starke und Schwache aufeinandertreffen, dann führt die Abwesenheit von Regeln zur Unterdrückung der Schwachen.* Dadurch seien die Arbeitnehmer heute die Untertanen der Wirtschaft.

Der „freie“ Markt führe dadurch auch *zu einer demokratisch nicht hinnehmbaren Konzentration von Einkommen und Vermögen*, die *ein nie gekanntes Ausmaß erreicht* habe. Zudem belohne der Staat *die Maßlosen mit überproportionalen Steuergeschenken*. Es sei Aufgabe des Staates, für eine gerechte Verteilung zu sorgen, in erster Linie durch das Steuerrecht. Der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtsteueraufkommen sei deutlich gestiegen, jener der Gewinn- und Vermögenssteuern dagegen deutlich gesunken. *Zu viele verweigern den Verleinbeitrag. Eine Gesellschaft, die Milliardenvermögen nicht besteuert, aber die Hilfe für die Armen kürzt, ist weder christlich noch sozial.* Wer keine Steuern zahle, obwohl er müsste und könnte, sollte daher die deutsche Staatsbürgerschaft verlieren, schlägt Lafontaine vor. Die Vermögenssteuern sollten angehoben, aber gleichzeitig Freibeträge für die große Mehrheit des Volkes geschaffen werden. Gewinne sollten ordentlich besteuert, aber für arbeitsplatzschaffende Investitionen hohe Abschreibungen eingeräumt werden.

Lafontaine weist zurecht immer wieder darauf hin, dass die *neoliberale Kulturrevolution* auch eine *falsche und verlogene Sprache* entwickelt habe, die durch *Tarnwörter* die wahren Motive verschleiern und das Denken in bestimmte Richtungen lenken soll. *Die unsichtbare Hand des Geldes formt die Sprache, verändert das Denken und lenkt die Politik.* Wenn etwa von *Besitzständen* die Rede ist, werde nicht an die Reichen gedacht, sondern an die Bezieher sozialer Leistungen. In erschreckendem Umfang sei es in vielen Staaten *Gewohnheit geworden, das Volk zu belügen und zu betrügen.* Aber die *Menschen ahnen, dass es nicht mit rechten Dingen zugeht.* Man spüre regelrecht, wie Redner davor zurückschrecken, ihre wahren Gedanken und Absichten richtig zu benennen. Diese Sprache hätten auch die Linken übernommen. Sie müssten daher eine neue Sprache entwickeln, *deren*

*Wörter und Begriffe das kritische Denken herausfordern und der Aufklärung dienen. So wäre es beispielsweise besser, von einem Menschenmarkt oder Arbeitnehmermarkt als bloß vom Arbeitsmarkt zu sprechen.*

*Die SozialdemokratInnen müssten wieder Visionen und Leidenschaft entwickeln. Ohne den Traum von einer besseren Welt kommt keine Partei aus, die begeistern und etwas bewegen will. Nur ein großes Ziel, ein leuchtendes Bild von der Zukunft, bringt Menschen dazu, Opfer zu bringen und sich politisch zu engagieren. Die Mitglieder müssen wissen, warum sie sich bei Kälte und Regen auf die Straße stellen, um Flugblätter zu verteilen und für ihre Partei zu werben.*

Zur schwierigen Frage, ob man die SPD oder die aus ihr hervorgegangene „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ unterstützen sollte, meint Lafontaine, dass jeder entscheiden müsse, seiner Organisation oder seiner Überzeugung treu zu bleiben. Diese Partei biete vielen WählerInnen die Möglichkeit, für eine Politik der Umverteilung von oben nach unten zu stimmen. Und dies sei besser als nicht zu wählen oder die Stimme einer Rechtspartei zu geben.

Auf der Suche nach Alternativen schlägt Lafontaine u.a. vor, dass nicht die Missbräuche wirtschaftlicher Macht zu bekämpfen seien, sondern die wirtschaftliche Macht selbst. Eine soziale müsse auch eine demokratische Marktwirtschaft sein. Die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen sollten sich daher wehren. Der Drohung, Arbeitsplätze abzubauen, beispielsweise die Gegendrohung gegenüberstellen, nichts mehr von diesem Unternehmen zu kaufen. Allein die Androhung von Käuferstreiks habe bereits vielerorts Wirkung gezeigt.

Auf der internationalen Ebene müsse es ein neues Weltfinanzsystem mit stabilen Wechselkursen und einer Regulierung des Kapitalverkehrs geben, Schützzölle und Agrarsubventionen für die schwachen Länder. Die Europäische Zentralbank müsse ausdrücklich zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung verpflichtet werden. Die EU sollte Mindeststeuern festsetzen, um den weiteren Steuerwettbewerb nach unten zu beenden. Lafontaine spricht sich gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus, aber für eine bevorzugte Zusammenarbeit. Denn die Osterweiterung sei noch nicht verkraftet und abgeschlossen.

Alles in allem ein kämpferisches Buch, das vielen aus dem Herzen spricht.

*Oskar Lafontaine: Politik für alle - Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Ullstein Buchverlage Berlin 2005, ISBN 3-430-15949-0*